

Hamburger Studien
zum Europäischen und Internationalen Recht

Band 30

Staatsbürgschaften im Lichte des EG-Beihilfenrechts

Von

Kim Möller



Duncker & Humblot · Berlin

KIM MÖLLER

Staatsbürgschaften im Lichte des EG-Beihilfenrechts

**Hamburger Studien
zum Europäischen und Internationalen Recht**

Herausgegeben von
Thomas Bruha, Meinhard Hilf, Hans Peter Ipsen †,
Rainer Lagoni, Gert Nicolaysen, Stefan Oeter

Band 30

Staatsbürgerschaften im Lichte des EG-Beihilfenrechts

Von
Kim Möller



Duncker & Humblot · Berlin

Gedruckt mit Unterstützung der Universität der Bundeswehr.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Möller, Kim:

Staatsbürgerschaften im Lichte des EG-Beihilfenrechts / Kim Möller. –
Berlin : Duncker und Humblot, 2001

(Hamburger Studien zum europäischen und internationalen Recht ; Bd. 30)

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 1999

ISBN 3-428-10229-0

Alle Rechte vorbehalten

© 2001 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Salignow Verlagsservice, Berlin

Druck: Werner Hildebrand, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0945-2435

ISBN 3-428-10229-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Meinen Eltern

Vorwort

Die Arbeit lag der Juristischen Fakultät der Universität Hamburg im Jahre 1999 als Dissertation vor. Die kurz darauf erschienene Mitteilung der Kommission zu staatlichen Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften wurde für die Veröffentlichung ebenso berücksichtigt wie die sonstigen wesentlichen Neuerungen im Beihilfenrecht. Die Arbeit befindet sich damit auf dem Stand von August 2000.

Mein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Nicolaysen, der mir von Beginn an jederzeit als Ansprechpartner und Ratgeber zur Verfügung stand. Seine Anmerkungen waren mir stets sehr wertvoll. Darüber hinaus sorgte er für den zügigen Fortgang des Promotionsverfahrens und die Aufnahme in diese Schriftenreihe. In diesem Zusammenhang möchte ich auch Herrn Prof. Dr. Hilf für die Erstellung des Zweitgutachtens danken.

Daneben gilt mein Dank Herrn Prof. Dr. Bunte, der mir im Rahmen meiner Tätigkeit an seinem Lehrstuhl den Anstoß zu diesem Thema gab, sowie meinen Freunden an der Universität der Bundeswehr für die gemeinsame Zeit. Der Universität der Bundeswehr danke ich zugleich für die Gewährung des Druckkostenzuschusses.

Düsseldorf, August 2000

Kim Kerstin Möller

Inhaltsverzeichnis

Die Problematik	15
§ 1 Die Übernahme von Bürgschaften durch den Staat	19
I. Der Begriff der Staatsbürgschaft	19
II. Die staatliche Bürgschaftsübernahme	20
1. Die Rechtsbeziehungen im Dreieck	22
a) Hauptschuldverhältnis	22
b) Bürgschaftsübernahme	23
aa) Rechtsgrundlagen	23
(1) Finanzverfassungsrecht	24
(2) Materielles Haushaltsrecht	24
bb) Rechtsform	25
(1) Einstufig öffentlich-rechtliche Theorie	26
(2) Zwei-Stufen-Theorie	27
(3) Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	27
cc) Die praktische Ausgestaltung staatlicher Förderprogramme	28
(1) Bürgschaften des Bundes	28
(2) Landesbürgschaften	29
c) Grundverhältnis	31
2. Verknüpfungen der Rechtsbeziehungen	32
a) Grundverhältnis und Bürgschaftsverhältnis	32
b) Kreditverhältnis und Bürgschaftsverhältnis	32
III. Funktionsverwandte Formen staatlicher Haftungsübernahmen	33
1. Die Übernahme von Bürgschaften und Garantien im Rahmen der Ausfuhrförderung	33
2. Haftung des Staates als privater Unternehmensträger	35
3. Anstaltslast und Gewährträgerhaftung	36
4. Patronatserklärungen	38
5. Schlußfolgerung für den Gang der Untersuchung	40
§ 2 Die Vereinbarkeit von Staatsbürgschaften mit dem Europäischen Beihilfenrecht	41
I. Die Vereinbarkeit von Staatsbürgschaften mit dem Verbot mitgliedstaatlicher Beihilfen aus Art. 87 Abs. 1 EG	41
1. Der Begriff der Beihilfen	42
a) Wortlaut des EG-Vertrages	42
b) Begriffsbestimmung durch den EuGH	42
c) Definition der „staatlichen Beihilfe“ durch die Kommission	43

2. Die Gewährung eines Vorteils durch die Übernahme einer Staatsbürgerschaft	44
a) Die Ermittlung der Begünstigungswirkung	44
aa) Auslegung des Begriffs der Begünstigung	44
(1) Auslegung nach dem Wortlaut	44
(2) Systematische/teleologische Auslegung	45
bb) Die Unentgeltlichkeit bzw. fehlende Gegenleistung einer staatlichen Maßnahme	45
cc) Freiwilligkeit	46
dd) Die marktorientierten Ansätze	46
(1) Marktrelative Günstigkeit	47
(2) „Market economy investor test“	48
(3) Hypothetischer Markt	51
ee) Der Selbsttragungsgrundsatz	52
ff) Stellungnahme und Ergebnis	52
b) Die Begünstigungswirkung einer Staatsbürgerschaft für den Darlehensnehmer	54
aa) Standpunkt der Kommission	55
(1) Schreiben vom April 1989	55
(2) Mitteilung der Kommission zu öffentlichen Unternehmen – 1993	55
(3) Entwurf einer Mitteilung – 1994	56
(4) Mitteilung zu Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften – 2000	57
(a) Einzelbürgschaften	58
(b) Bürgschaftsregelungen	59
(5) Entscheidungen der Kommission	60
(a) Glunz AG	60
(b) Bremer Vulkan AG u. HIBEG	61
(c) JAKO Jadekost GmbH & Co KG	63
(d) Entscheidung über die Bürgschaftsregelungen einiger deutscher Bundesländer	63
(e) Mitteilung der Kommission betreffend die Beihilfenregelung „Regeling bijzondere financiering“	66
bb) Rechtsprechung des Gerichtshofes	66
cc) Stellungnahme	67
(1) Die Bedingungen im einzelnen	67
(a) Einzelbürgschaften	67
(aa) Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten	67
(bb) Art der Bürgschaft	69
(cc) Anderweitige Erreichbarkeit eines Darlehens	70
(dd) Handelsübliche Gegenleistung	71
(ee) Umfang und Übernahmzeitraum der Bürgschaft	71
(ff) Verwendungszweck	73
(gg) Überwachungsmechanismus	73
(b) Das Kriterium der Kostendeckung staatlicher Bürgschaftsregelungen	74
(aa) Der Selbsttragungsgrundsatz bei Exportkreditversicherungen	75
(bb) Schlußfolgerung für die Bürgschaftsregelungen	75
(2) Ergebnis und Stellungnahme	76